



Naturgewalt Lärm

Am heutigen internationalen Tag gegen Lärm wird dem Krach der Kampf angesagt. Wichtige Gesetzesvorhaben gegen Verkehrslärm liegen wegen der Blockade im Bundesrat auf Eis. **Seite 2**



Menschen wurden Nummern

Zwischen Oder und Spree gab es Ritterwie Holzkreuze zuhauf. Wer wissen will, kann wissen, was vor 60 Jahren geschah. Nur Neonazis verklären Verführer und Verführte zu »Helden«. **Seite 3**



Spielplatz-TÜV

Rutschen mit viel Risiko / Krankenkasse: Ab 1. Juli höhere Beiträge / GBM-Protest gegen Strafrente

Standpunkt

Mores lehren

Von Ingolf Bossenz

Ein deutscher Papst. Erstmals wieder seit rund 480 Jahren. Trotz seiner Favoritenrolle ist die Wahl von Joseph Ratzinger ins höchste Amt der katholischen Kirche eine Überraschung. Und eine Enttäuschung gewiss für jene Gläubigen, die auf eine zumindest zaghafte Öffnung der Zwingburg des Konservatismus hofften, zu der Johannes Paul II. den Vatikan gemacht hatte. Eine Enttäuschung auch deshalb, weil das Kardinalskollegium offenbar weitaus reaktionärer zusammengesetzt ist, als zunächst vermutet wurde, und schnell zu einer Zweidrittelmehrheit für den beinharten Chefideologen Karol Wojtyła fand. Im Vorfeld des Konklaves hieß es, man wolle mit einem raschen Abschluss auch ein Zeichen für die Geschlossenheit der Kirche setzen. Diese Geschlossenheit inkarniert sich nun ausgerechnet in dem Mann, der Jahrzehnte der Nachfolgebehörde der Inquisition vorstand, Kritiker abstrafte und über dessen Tisch alle wichtigen Dokumente gingen, die den Katholiken den angeblich richtigen Glauben und das richtige Handeln diktierten.

Ratzinger, der brillante Taktiker, wählte allerdings einen Namen, der vieles offen lässt: Benedikt XVI. Der letzte Papst dieses Namens, Benedikt XV., schied nach einem glanzvollen Pontifikat (1914-1922) aus dem Leben. Aber er steuerte im Unterschied zu seinem Vorgänger, dem »Modernistenjäger« Pius X., einen gemäßigeren kirchenpolitischen Kurs. Immerhin kommt der Neue aus jenem Land, von dem aus Luther einst Mores lehrte. Mores lehren will auch Ratzinger – vielleicht nun etwas schonender.

Kurz

Berlusconi will Vertrauensvotum

Rom (dpa). Italiens Premier Silvio Berlusconi will mit einem Vertrauensvotum im Parlament die gegenwärtige Regierungskrise überwinden. Er wird sich am Mittwoch dem Senat und dem Abgeordnetenhaus stellen. **Seite 7**

Sturz von Brücke

Peking (dpa). Bei einem Busunglück in Südwestchina sind 27 Menschen ums Leben gekommen. Nach Medienangaben stürzte der Überlandbus am Dienstag von einer Brücke in Qianjiang.

Waffen-Embargo

New York (epd). Der UN-Sicherheitsrat hat ein für den Osten Kongos geltendes Waffen-Embargo auf das gesamte Land ausgeweitet.

Ratifiziert

Athen (dpa). Das griechische Parlament hat die EU-Verfassung ratifiziert. Für die Bestätigung stimmten 268 von 300 Abgeordneten.

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt Einzelpreise Ausland: Dänemark 9 DKK; Österreich 1,30 €; Polen 6 PLZ; Slowakische Rep. 67 SKK; Tschechien 57 CZK; Ungarn 360 FT



Vatikan in bayerischer Hand

Erzkonservativer Kardinal Ratzinger nimmt den Papstnamen Benedikt XVI. an

Der deutsche Kardinal Joseph Ratzinger ist am Dienstag im Vatikan zum neuen Papst gewählt worden und nennt sich nunmehr Benedikt XVI.

Vatikanstadt (AFP/DPA/ND). Kardinalprotodiakon Jorge Arturo Medina Estévez sprach am Dienstagabend auf dem Mittelbalkon des Petersdoms die traditionelle Formel »Annuntio vobis gaudium magnum, habemus Papam« (»Ich verkünde euch eine große Freude, wir haben einen Papst«). Dann nannte er den Namen Ratzingers. Der zum 265. Papst ernannte Deutsche nennt sich nach Angaben des Vatikans als Oberhaupt der katholischen Kirche Benedikt XVI.

Rund 24 Stunden nach Beginn des Konklaves war am Dienstagabend gegen 17.50 Uhr weißer Rauch aus dem Schornstein der Sixtinischen Kapelle in Rom aufgestiegen – das Zeichen für die erfolgreiche Wahl des Papstes durch die 115 Kardinäle. Mit Ratzinger ist erstmals seit rund 480 Jahren wieder ein Deutscher zum Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche gewählt. Kurienkardinäle stellten den Pontifex am Dienstagabend den Gläubigen auf dem Petersplatz vor.

Die Kardinäle bei dem Konklave in der Sixtinischen Kapelle einigten sich offenbar bereits im 4. Wahlgang auf einen Nachfolger für den vor 17 Tagen gestorbenen Johannes Paul II. Das Konklave dauerte lediglich knapp 26 Stunden.

Vor Beginn des Konklaves hatte Ratzinger in einer Predigt im Petersdom »Pro eligendo summo pontifice« (»Zur Wahl des Obersten Pontifex«) modernen Strömungen in der Religion eine leidenschaftliche Absage erteilt. Den wechselnden ideologischen Moden müssten die Katholiken die Rückbesinnung auf die Wurzeln ihres Glaubens entgegenstellen, forderte Ratzinger. Die Kirche müsse mit der Kraft des Glaubens dem Zeitgeist trotzen: »Es wird oft als Fundamentalismus bezeichnet, wenn man einen klaren Glauben auf den Grundlagen der Kirche vertritt, während der Relativismus, also das Hin- und Herstreben in jedwedem Wind der Doktri-



Aus Ratzinger wurde Benedikt

Foto: dpa/Berg

nen, als einzige Haltung dargestellt wird, die heute Gültigkeit hat«, behauptete der nunmehrige Papst.

UN-Generalsekretär Kofi Annan wünschte Benedikt XVI. »Stärke und Mut« für sein Amt. Die Vereinten Nationen und der Heilige Stuhl, so äußerte er, teilten ein starkes Engagement für »Frieden, soziale Gerechtigkeit, Menschenwürde, religiöse Freiheit und den gegenseitigen Respekt unter den Weltreligionen«. Er freue sich auf die Beiträge, die der neue Papst leisten werde, alle diese Werte zu stärken.

Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber bezeichnete die Wahl des Bayern als »historischen und einmaligen Tag für Bayern und ganz Deutschland«. Die CDU-Vor-

sitzende Angela Merkel erklärte: »Dass ein Deutscher zum Papst gewählt wurde, ist ein Moment des Stolzes. Es ist eine Ehre.« Wie sie empfand auch Bundeskanzler Gerhard Schröder dies als »große Ehre für Deutschland«.

Aus Sicht des katholischen Theologen Hans Küng ist der Aufstieg des Bayern eine »Riesenenttäuschung« für alle Reformorientierten. Der evangelische Landesbischof Ulrich Fischer sagte in Freiburg: »So glücklich sind wir über die Wahl nicht.« Ratzinger habe als Leiter der Glaubenskongregation dem ökumenischen Gedanken keine Chance gegeben.

Vor der Wahl hatte die Hamburger evangelische Bischöfin Maria

Jepsen erklärt, wenn der römische Kurs noch straffer werde als bisher, könnte es für die Ökumene schwierig werden. Speziell Ratzinger habe »Ängste vor dem Zeitgeist«. Die Reformbewegung »Wir sind Kirche« meinte, die katholische Kirche brauche keinen »Hardliner, sondern jemanden, der wirklich offen ist«.

Der bis zur Wahl Ratzingers letzte deutsche Papst war Hadrian VI. Seine von 1522 bis 1523 andauernde Amtszeit von 22 Monaten verlief unglücklich: Hadrian musste sich mit den Herausforderungen der Reformation durch Luther auseinandersetzen und mit dem Krieg der christlichen Länder gegen die Türken. Die Römer begegneten ihm zudem mit tiefer Abneigung.

SPD testet Linkskurve

Kritik an der »Macht des Kapitals« einigt die Parteireihen / Union und Arbeitgeber sauer

Die Kritik von SPD-Chef Franz Müntefering an der »Macht des Kapitals« hat die Reihen in der SPD fest geschlossen und den Unmut der konservativen Opposition und der Arbeitgeber hervorgerufen.

Berlin (ND-Oertel). Die SPD-Linken Michael Müller, Gernot Erler und Andrea Nahles haben am Dienstag Franz Müntefering ihre uneingeschränkte Unterstützung zugesagt. Sie sehen in der Wirtschaftsdebatte eine Antwort auf die in der Bevölkerung weit verbreitete »Wut« über die Profitgier von Unternehmen und ihrer Verbände. Als Ausdruck dieser Wut werteten die SPD-Linken auch den Aufruf der SPD-Vizechefin Ute Vogt, Produkte von Unternehmen, die Stellen abbauen, zu boykottieren. Vogt hat ihre Forderung inzwischen präzisiert. Sie habe nicht zum Boykott aufgerufen, wünsche sich allerdings, dass Käufer das Verhalten von Unternehmen

beobachten, wenn diese sich lediglich durch Personalabbau sanieren.

Die Parteilinken betonten vor der Presse, die SPD habe ihren »Vertrauensvorsprung« in der Bevölkerung genutzt, schwierige und unpopuläre Maßnahmen zur Modernisierung der gesamten Gesellschaft durchzusetzen. Von Unternehmerseite sei aber nicht ein Mindestmaß an Kooperation erkennbar, erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete Gernot Erler. Nachdem in den letzten Jahren mehr einzelwirtschaftliche Entscheidungen getroffen worden seien, gehe es nun um gesamtwirtschaftliche Perspektiven, sagte SPD-Vorstandsmitglied Andrea Nahles. SPD-Bundestagsabgeordneter Michael Müller verwies darauf, dass Politik nicht nur auf kurzfristige Trends populistisch reagieren dürfe, nötig wäre eine klare Linie für einen längeren Zeitraum.

Ebenso wie die Parteilinken hat sich der rechte Flügel der SPD – der Seeheimer Kreis – hinter den SPD-Vorsitzenden gestellt. Eine Debatte über das Verhalten der Großkonzerne sei »wichtig und unverzichtbar«. Auch Bundeskanzler Gerhard Schröder und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (beide SPD) würdigen Münteferings Kritik teilen, erklärten Regierungssprecher. Von den Gewerkschaften erhielt Müntefering breiten Zuspruch. Oskar Lafontaine bewertete die harsche Kritik an der Wirtschaft als überfällig. Den Worten müssten nun Taten folgen, sagte er.

Anders als in der SPD und ihrem Umfeld sieht es im Lager der konservativen Opposition und bei Wirtschaftsverbänden aus. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt erklärte, er fürchte um die Fortsetzung des Reformprozesses. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag

bezeichnete Münteferings Kritik als »Wahlkampfakt« und »sozialdemokratische Kampfrhetorik«.

Die Unionsfraktion im Bundestag bezeichnete die Äußerungen des SPD-Chefs hingegen als »übles Geschäft mit der Angst der Menschen«. »Solche Beschimpfungen von Investoren sind schädlich für unser Land«, schimpfte FDP-Vorsitzender Guido Westerwelle. CSU-Chef Edmund Stoiber nannte Münteferings Wortmeldung »außerordentlich schädlich« im Ausland und in der EU. Bei der SPD stimme »wirklich nichts mehr zusammen«.

Derweil hat PDS-Vorsitzender Lothar Bisky die heftige Kritik von SPD-Chef Franz Müntefering an der Wirtschaft als richtig, aber folgenlos bezeichnet. Wenn Müntefering die Unternehmen mehr in die Verantwortung für das Gemeinwohl nehmen wolle, dann müsse die SPD ihre Politik ändern, sagte Bisky. **Seiten 2 und 6**

Daten nicht auf Vorrat speichern

Bundesbeauftragter ruft Regierung zu Veto auf

Berlin (ND-Dümde). Bei der Vorstellung seines Tätigkeitsberichtes für die Jahre 2003/2004 hat sich der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Peter Schaar, am Dienstag nachdrücklich gegen eine »Vorratsspeicherung« von Telekommunikationsdaten bis zu drei Jahren ausgesprochen. Sie soll per EU-Rahmenbeschluss verbindlich in allen Mitgliedstaaten eingeführt werden. Schaar erinnerte daran, dass sich der Bundestag mehrfach, zuletzt am 17. Februar dieses Jahres, mit großer Mehrheit dagegen ausgesprochen hat. Deshalb hoffe er, dass die Bundesregierung dieser Forderung des Parlaments nachkommt und bei einer Abstimmung über solch einen Beschlussentwurf ihr Vetorecht wahrnimmt.

Schaar empfahl als Alternative zur geplanten massenweisen generellen Datenspeicherung die Praxis in den USA, wo Daten nur auf Antrag der Behörden in begründeten Einzelfällen gespeichert und nur dann herausgegeben werden, wenn binnen 90 Tagen eine richterliche Genehmigung vorliegt. Das sei »wesentlich datenschutzfreundlicher«. Da die USA damit »sehr gut leben können«, verstehe er nicht, wenn hier so getan wird, als könnten sonst Terrorismus und Kriminalität nicht wirksam bekämpft werden.

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) übte scharfe Kritik an Schaares Äußerungen und warf dem Bundesdatenschutzbeauftragten im ARD-Fernsehen Kompetenzüberschreitung vor. **Seiten 4 und 6**

Ex-Militär aus Argentinien verurteilt

Madrid (dpa/ND). Wegen Beteiligung an Menschenrechtsvergehen der Militärdiktatur in Argentinien ist der argentinische Ex-Offizier Adolfo Scilingo in Spanien zu 640 Jahren Haft verurteilt worden. Damit wurde erstmals in der Justizgeschichte ein früheres Mitglied eines südamerikanischen Militärregimes von einem ausländischen Tribunal in Anwesenheit schuldig gesprochen.

Nach dem am Dienstag in Madrid verkündeten Urteil sah es der Nationale Gerichtshof als erwiesen an, dass der 58-jährige Scilingo an wenigstens zwei Todesflügen beteiligt war. Dabei waren 30 Regimegegner lebend aus Flugzeugen ins Meer geworfen worden. Die Richter sprachen den Angeklagten wegen Mordes in 30 Fällen, Freiheitsberaubung und Folter schuldig.

Der Prozess war möglich geworden, nachdem Spaniens Oberster Gerichtshof Ende vorigen Jahres entschieden hatte, dass die spanische Justiz auch für Verbrechen im Ausland zuständig sei. Scilingo war 1997 auf Einladung eines Fernsehsenders nach Spanien gereist. Er wurde festgenommen, weil er in seinen Schilderungen eingeräumt hatte, als Soldat selbst in zwei Todesmaschinen gegessen zu haben. **Kommentar Seite 6**